

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

9.7.1869 (No. 159)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 9. Juli.

Nr. 159.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 30. Juni gnädigst geruht, den Oberrevisor Braunwald bei dem Ministerium des Innern, unter Ernennung zum Oberrechnungsrath, zu dem Verwaltungshof zu versetzen; den Oberrevisor Goll bei dem gleichen Ministerium und den Rechnungsrath Hahn bei dem Verwaltungshof zu Oberrechnungsräthen zu ernennen; den Revisor Reiß bei dem Verwaltungshof zu dem Ministerium des Innern zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Wien, 7. Juli. Die „Oesterr. Corr.“ meldet: Die Regierung hält unverbrüchlich fest an dem Gesetz, wonach die Zinszahlung der Staatsschulden nur in Wien erfolgen darf; sie wird aber vielleicht im Stande sein, unbeschadet des Gesetzes, aus Konvenienzrücksichten den auswärtigen Staatsgläubigern gewisse Erleichterungen bei der Einziehung der Coupons zu verschaffen.

Paris, 8. Juli, Morgens. Der „Constitutionnel“ erwähnt ein Gerücht, nach welchem der Staatsminister Rouher dem Abg. Buffet erklärt haben soll, die Regierung werde die Interpellation der Mittelpartei als unkonstitutionell bekämpfen.

Brüssel, 8. Juli. Die Eisenbahn-Konvention wurde wegen einer unerheblichen und bereits ausgeglichenen Differenz bisher verzögert. Die Unterzeichnung und amtliche Publikation wird nunmehr in kürzester Frist erwartet.

### Deutschland.

Vom Oberrhein, 5. Juli. (Köln. Ztg.) Wie man vernimmt, wird man sich bei den Verhandlungen der Bundesliquidations-Kommission in München auch über einige andere Punkte einigen, die freilich bei dem einmal festgestellten fortdauernden gemeinschaftlichen Besitze des Materials in den ehemaligen Bundesfestungen als natürliche Konsequenzen erscheinen. So sollen, wo es sich um Fragen handelt, welche auf Wahrung des Zusammenhanges des Defensivsystems zwischen dem deutschen Norden und Süden und auf das gesamtdeutsche Defensivsystem Bezug haben, die Ansichten des Norddeutschen Bundes durch das Medium des preussischen Militärbevollmächtigten am Sitze der süddeutschen Festungskommission gehört werden. Wo etwaige Vorschläge von Seiten des Norddeutschen Bundes nicht angenommen werden können, sind die Gründe mitzutheilen, und wird gegenwärtig vom Norddeutschen Bunde den süddeutschen Regierungen gegenüber eben so verfahren werden. Als Regel soll die Beiziehung des preussischen Militärbevollmächtigten bei wichtigen Fragen gelten. Die Konstituierung der schon im Herbst v. J. von Bayern, Württemberg und Baden beschlossenen „Süddeutschen Festungs-Kommission“ erscheint als eine Voraussetzung der neuen Uebereinkunft.

München, 6. Juli. (Fr. Z.) Das Kultusministerium hat der theologischen und juristischen Fakultät der Universität

München die vom Fürsten Hohenlohe aufgestellten bekannten Fragen, welche auf das Konzil und die Tragweite seiner Beschlüsse Bezug haben, zur Beantwortung vorgelegt. Wie wir hören, haben die beiden wissenschaftlichen Körperschaften hierüber Berathung gepflogen und die Stimmung, welche bei dieser Gelegenheit zu Tage trat, war eine den Anschauungen und Motiven, durch welche sich Fürst Hohenlohe zu der Zirkulardepesche vom 9. April veranlaßt sah, vollkommen günstige und gleich.

Darmstadt, 7. Juli. Sitzung der Zweiten Kammer vom 6. Juli. Antrag des Abg. K. J. Hoffmann auf Vorlage verschiedener die Mainz-Darmstädter Konvention betreffender Aktenstücke. (Fr. Bl.)

Bei nicht befestigten Gallerien beginnt die Verhandlung; als Regierungskommissäre erscheinen Ministerialpräsident Frhr. v. Dalwigk und die Ministerialräthe Frhr. v. Lehmann und Frhr. v. Rodenstein. Forstmeister Hofmann erstattet mündlich Bericht. Seinen Angaben zufolge erschien Hr. v. Dalwigk gestern im Ausschusse und erklärte, daß eine andere Konvention mit dem Mainzer Bischofe als die aus dem Jahre 1854 niemals zur Ausführung gekommen, daß diese selbst wie bekannt aufgehoben, und daß er Verhandlungen, welche zu keinem Abschluß gekommen, der Kammer nicht zu unterbreiten nöthig habe. Indessen hatte er, wie er dies auch heute in öffentlicher Sitzung that, eine Reihe von Mittheilungen über diese gescheiterten Verhandlungen gemacht. Der Ausschuss trägt demnach darauf an, über den Antrag des Abg. K. J. Hoffmann zur Tagesordnung überzugehen, indem er den weiteren Antrag stellt, die Regierung um eine Gesetzesvorlage zu ersuchen, welche die kirchlichen Verhältnisse regelt.

Beim Beginn der Diskussion erregt Hr. v. Dalwigk sofort das Wort. Die Regierung — bemerkt er — fand sich nicht veranlaßt, gleichwie Württemberg und Baden, eine Gesandtschaft nach Rom zu schicken, sondern unterhandelte zur Regelung der kirchlichen Fragen mit dem Bischof von Mainz. Dieser ist uns auf jede Weise entgegengekommen, und so wurde die Konvention zu Stande gebracht und damit den Zugewandten, die man jeder Kirche gibt, Rechnung getragen. Später machte der Papst Bemerkungen zu der Konvention, sey, unannuversiones. Derselben wurden jedoch von uns in den wesentlichsten Punkten nicht angenommen, und so blieb die Sache bis zur 1860 erfolgten Aufhebung der Konvention. Diese selbst hat von Seiten einer früheren Kammer eine günstige Beurtheilung erfahren, sogar von liberaler Seite. Wünsch die Kammer eine andere kirchliche Verfassung, eine der babilonischen oder der preussischen ähnliche, so ist die Regierung bereit, eine solche vorzulegen. Was die gegen die Regierung erhobenen Anschuldigungen betrifft, so muß ich erklären, daß ich der Kammer nie etwas vorgelegt habe, was sich in Wirklichkeit anders verhält; ein Recht der Kammer auf Vorlage von Akten, die aus reijulatioen Verhandlungen erwachsen sind, vermag ich übrigens nicht anzuerkennen. Ich habe mich außerdem nie geäußert, Das, was ich gethan, zu vertheidigen und Das, was ich glaube, zu bekennen, und lassen mich deshalb die wider mich erhobenen Anklagen kalt.

Frhr. v. Rodenstein verliest eine Reihe von Schriftstücken, welche besagen, daß sich die Regierung bezüglich eines jeden Artikels der Konvention gewandt und die päpstlichen Bemerkungen durchaus nicht unbedingt anerkannt habe.

Frhr. v. Dalwigk: Durch die Aufhebung der Konvention seien selbstverständlich auch alle unannuversiones weggefallen und habe überhaupt die ganze Sache nur noch historischen Werth. Auf eine weitere Anfrage Hoffmann's nach der Antwort auf das (von uns bereits mitgetheilte) bischöfliche Schreiben an den Großherzog erklärt v. Dalwigk, daß diese Antwort ganz kurz dahin gehe, man nehme mit

Dank die Bereitwilligkeit des Bischofs zur Aufhebung der Konvention an und würde der Großherzog stets das Verhältniß der Kirche zum Staat der Gerechtigkeit und den bestehenden Gesetzen gemäß im Auge behalten.

K. J. Hoffmann: Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß die Regierung im Jahr 1860 die Konvention der Kammer vorgelegt habe, ohne gleichzeitige Vorlage der so wesentlichen Aenderungen derselben. Hierfür habe ich doch eine zu hohe Meinung von der Person des Ministerpräsidenten sowohl, als der Stellung der Regierung der Kammer gegenüber gehabt. Eher schon habe ich es für möglich gehalten, daß im Jahr 1866 die Konvention gar nicht aufgehoben worden ist, ba uns die offizielle Mittheilung hiervon erst heute geworden. Die Vorlage der Aktenstücke im Ausschusse scheint mir nur scheinbar gewesen zu sein: dieselben haben wohl vorgelegen, aber unter der Hand des Ministerpräsidenten, ohne daß die Einsichtnahme derselben gestattet war. Ich hoffe deshalb, die Kammer wird auf der Vorlage bestehen.

Abg. Mey: Von Seiten der Regierung wurde dem Jahre langen Drängen auf Aufhebung der Konvention immer entgegengehalten, dies könne nicht ohne Zustimmung des andern Kontrahenten geschehen. Es ist dies eine wesentlich unrichtige Behauptung des Ministerpräsidenten; die Konvention hat nur uns gebunden, nicht die Kirche, denn der Papst war der andere Kontrahent und derselbe hat nie seine Zustimmung erteilt. Ich frage, ob die Genehmigung des Papstes bei Abschluß der Konvention vorbehalten wurde. v. Dalwigk: Nein, dies ist nicht geschehen. Mey fährt fort: Ich glaube nicht, daß in den verlesenen Schriften Das enthalten ist, was uns mitgetheilt worden, es muß dort anders stehen, oder es können nur Bruchstücke sein. Das herrschende Regierungssystem hat es sich immer zur Aufgabe gemacht, die Souveränitätsrechte zu wahren. Dies wurde ausgesprochen gegenüber den Bestrebungen der evangel. Kirche, gegenüber den Bestrebungen zur Schaffung eines gemeinsamen Vaterlandes und sonst überall. Nur bezüglich dieser Konvention wurden die wichtigsten Staatsrechte, die tüchtige Minister lange Zeit hindurch hausälterlich bewahrt, geopfert. Man hat uns keine richtigen Angaben gemacht, indem man uns gesagt hat, man könne die Konvention nicht aufheben. Man hat mit Worten gespielt ohne sachliche Richtigkeit. Ich frage ferner, warum hat man die theologisch-theologische Fakultät in Gießen nicht wieder errichtet? Nebner führt nun eine Reihe von Fällen an, in welchen sich von katholischer Seite die größten Uebergriffe erlaubt wurden und die befalls eingeleiteten Untersuchungen durch Eingriff des Ministeriums abgeschnitten wurden. Er fragt den Ministerpräsidenten ferner, ob er glaube, daß die Jesuiten in Mainz nur zu harmlosen geistlichen Uebungen versammelt wären? Was hieron zu halten wäre, wolle er aus dem Werke von Gurty „über die Moral“ der Kammer mittheilen. Nebner verliest eine Anzahl der in diesem Werke enthaltenen Lehren, die eine beschönigende Auslegung von Sittenlosigkeit und Sünden enthalten und u. a. den kleinen Diebstahl, der nicht öfters wiederholt und in gewissen Zeitabschnitten begangen werde, nicht als schwere Sünde hinstellt. Dalwigk: Das gehört nicht hierher, das sind Lehren aus dem Innern der katholischen Kirche. Mey: Ich geübe auch der katholischen Kirche an und protestire dagegen, daß dies Lehren der katholischen Kirche sind. (Von der Gallerie erschallt Bravo). Der Präsident erklärt, daß er bei dem nächsten Auftreten die Gallerie räumen lasse. Mey: Nach Dem, was in Oestreich und Spanien geschehen, kann man bei uns nicht zurückbleiben und die einzige Dase bilden, wo der Ultramontanismus gedeiht.

v. Dalwigk: Das Jahr 1848 hat nach allen Seiten hin Freiheit gewährt und die Staatsgewalt eingeengt. Vor diesem Jahr war auch die Staatsgewalt über die katholische Kirche viel größer und es geschahen Dinge, die heute nicht mehr zulässig sind. Wünsch sie

## Die Mordung des Feamy.

(Fortsetzung aus Nr. 158.)

### IX.

Das Signalfeuer hatte gebrannt! Die Nacht war vorüber, von der wir gehört haben, daß „eine solche Nacht in England nie zuvor gewesen war und keine je mehr sein werde“. Die Männer von Undercliff waren mit der Bürgermiliz unter Mr. Kirkam's Kommando auf der Wache, der Feamy glühte in der Zirkonone, die Schwäne schwammen majestätisch längs des bewaldeten jenseitigen Ufers, und Grace unterstützte Mistreß Lynch, als diese im Garten auf und ab ging und während Amie Lavendel abschneid, davon plauderte, daß sie denselben zwischen die neuen Hemdchen ihres kleinen Mark legen wolle.

Amie war mit ihrem Körperchen ein wenig voraus und um eine Ecke des Gartens herumgegangen; plötzlich kam sie jedoch mit todbleichen Wangen, verdorren Gesicht und fast athemlos zurückgelaufen und rief in wahrer Seelenangst, indem sie ihre Hand auf Grace's Schulter legte:

„O Grace, sie sind gekommen, sie sind auf dem Fluße! Did ist gekommen, um uns zu warnen, aber sie haben bereits ein Boot ausgelegt. O Grace, was sollen wir machen?“

„Was ist? Was sagt sie? Ist meinem Säugling Mark etwas geschehen?“ fragte die Mutter.

„Nein, nein, Mutter“, erwiderte Grace in dem ruhigen, überzeugenden Tone, in dem sie stets mit ihr sprach; „wir wollen nur den Berg hinauf gehen und Du, Amie, eile in's Haus. Du weißt, was wir ausgemacht haben. Du und die Mädchen hinauf in die Höhle. Die Mutter bringe ich nach, wenn sie gehen will.“

„Ich bleibe bei Dir, ich verlasse Dich nicht!“ rief Amie aus, indem sie den Versuch machte, Mistreß Lynch am andern Arm zu führen und sie so nach der Höhle fortzuführen, welche zwischen Felsen und

Bäumen, ungefähr eine halbe Meile den Fluß aufwärts, lag, und wo die Spanier nicht so leicht hinkommen konnten.

„Wo ist sie? Was will sie? Warum schneidet sie nicht den Lavadel, um meine kleinen Hemdchen für Mark damit wohlriechend zu machen?“ fragte Mistreß Lynch voll Angst, ihren Arm aus Amie's Arm zurückziehend.

Amie rang die Hände in wahrer Verzweiflung.

„Närrisches Mädchen“, sagte Grace, sie zärtlich anblickend, „siehst Du nicht, daß Du eine meiner schwersten Sorgen bist? Fort mit Dir, und fürchte nichts für uns. Ich will sie bringen, sobald es angeht, und Gott wird mir beistehen und uns Alle retten.“

„Zusammen oder gar nicht“, rief Amie leidenschaftlich aus. „D, daß doch Jemand da wäre, um sie fortzutragen.“

Der Knabe war mit der schlimmern Kunde nach dem Hause gelaufen, und die weiblichen Diensthöten stützten in wahrem Entsetzen hinaus, einige ihre Brust zu ihrer Herrin nehmend, andere auf die Berge laufend, und Grace strengte ihre Stimme vergeblich an, um ihnen zu rufen.

Amie — Molly — eine von Euch nach den Ställen. Spannet das Pferd an irgend einen Karren, den Ihr seht; die Jane hilft mir sie zu demselben hinunter tragen, dann ist's immer noch möglich, daß wir die Höhle erreichen.“

Grace's Gesichtsgewand hatte so viel Gewicht, daß Amie in den Stall lief, um ihren Auftrag zu befragen, und Jane, ein kräftiges Landmädchen, war schon im Begriff, die alte Lady in die Höhe zu heben, als sich am Eingang des Gartens eine Gestalt in der nur zu wohl bekannten Uniform eines spanischen Offiziers zeigte.

Die Mädchen stoben, Schreie über Schreie ausstößend, nach allen Richtungen, Grace mit ihrer hilflosen, irren Mutter am Arm allein zurücklassend. Sie sah Augenblicklich, daß Furcht außer Frage lag und daß die einzige Hoffnung auf dem letzten Rest des ritterlichen Sinnes des Spaniers beruhte.

Sie verneigte sich mit der ihr angeborenen Würde und hatte gerade die Worte begonnen, obgleich wenig Hoffnung vorhanden war, daß ihr Englisch verstanden werde. „Sir, ich bitte um Schonung, hier —“

Aber mit ausgedehnter Armen sprang dieser auf sie zu, fiel auf die Kniee zu ihren Füßen, schlug die Hände über dem Kopf zusammen und rief mit einem wilden Schrei: „Mutter, Mutter! Grace! kennt Ihr mich denn nicht? Wo ist mein Vater? wo ist Amie?“

Kaum hatte jedoch Grace Zeit, aus tieferer Seele „Mark!“ auszurufen, als ihre Mutter in wahrer Todesangst um den Hals fiel und ihre Augen voll Entsetzen auf den Fremden blickend, in fast unverständlichen Worten ausrief: „Wer ist er? Wo ist der Vater? Wo ist mein kleiner Mark?“

„Mutter, ich bin da! Ich bin Mark. O Mutter, Deinen Segen!“ rief Mark, immer noch auf den Knien und versuchend, die theure Hand der Mutter zu erfassen und zu küssen. Allan dies vernehte nur die Angst derselben, und noch mehr die ernste Verärgerung Grace's, daß Mark, ihr Sohn, wirklich vor ihr sei. Es verwirrte und bestürzte sie, und indem sie Beide, Sohn und Tochter, in Eile mit außer gewöhnlicher Kraft auf die Seite stieß, ließ sie mit raschen, jedoch schwankenden Schritten durch den Garten dem Hause zu.

Heiße Thränen liefen über Mark's gebräunte Wangen herab, als er sich von den Knien erhob und, mit zärtlichen Worten eine Mutter rufend, würde er ihr nachgeit sein, wenn ihn Grace nicht am Arm gehalten hätte.

„Es würde sie zu Tode ängstigen“, sagte sie in ruhigem, lebreichem Tone. „Folge ihr nicht zu nahe, sie könnte zu rasch laufen und stürzen. O Mark, armer Mark, wach eine Rückkehr ist das! Ihr Gott sei dennoch Dank dafür!“

(Fortsetzung folgt.)

\* Wie man uns aus Chemnitz (Sachsen) mittheilt, gastirt, J. Fr. H. B. C. er vom Karlsruher Hoftheater auf dem dortigen Theater, und zwar mit großem Erfolg.



Kammer, daß die katholische Fakultät wieder nach Sieben verlegt werde, so wird dies die Regierung in Erwägung ziehen. Ich bin zwar persönlich dagegen, weil die katholischen Kandidaten einen ganz besondern Bildungsgang haben müssen.

W. v. Löw ist gegen den Antrag, weil derselbe durch die Eröffnungen des Ministerpräsidenten das Objekt verloren habe.

Kraft glaubt, daß die Regierung in vollkommen loyaler Weise dem Antrag Hoffmann's entsprochen habe. Er habe zwar gewünscht, daß sich die Regierung gar nicht auf die Konvention eingelassen habe und daß die Aufhebung derselben fühlbarer gewesen wäre, aber er wolle die Vergangenheit vergessen und auf die Zukunft hoffen.

Derenburg ist nicht so bescheiden wie Kraft und will keine Amnestie für die Vergangenheit ertheilen. In dem heftigen Staatsleben sei eben Alles unklar und komme nur ein Licht hinein, wenn man den rothen Faden des Ultramontanismus verfolge, der Alles durchziehe.

Dumont erwartet nur eine definitive zufriedenstellende Lösung der Sache von einer bundesstaatlichen Einigung Deutschlands und einer daran sich knüpfenden Gesetzgebung. Das scheint ihm übrigens klar, daß die Kurie auf Zugeständnisse, die ihr gemacht seien, nie verzichte, und ist deshalb für den Ausschubstrag.

Volhard erklärt, nichts auf die von Dalwigk gemachten Versprechungen zu geben, da er von diesem Ministerium nichts erwarte.

Baake ist der Ansicht, daß durch die Konvention der Bischof auf Rechte verzichtet habe, die der Kirche früher zugestanden, und wundert sich deshalb, daß man die Konvention nicht wieder zurückverlange.

V. Biegeleben erklärt, die Debatte sei heute in einer friedlichen Weise geführt worden. Gegen diesen Ausdruck erheben Hoffmann und Wey Einpruch und erklärt der Präsident denselben für ungerichtet. V. Biegeleben sucht seinen Ausdruck zu entschuldigen. Gegen eine Regelung von kirchlichen Fragen in diesem Saale müsse er Bewahrung einlegen; man solle sich jeder Kirche selbst in die Hand geben. Man solle aber auch jeder Kirche gleiche Freiheit gestatten und den Katholiken nur Das geben, was die Angehörigen anderer Kirchen auch hätten.

Bei der Abstimmung wird der Ausschubstrag auf Ablehnung des Hoffmann'schen Antrags mit 26 gegen 12 Stimmen angenommen, und ebenso mit 27 Stimmen der weitere Ausschubstrag, die Regierung dringend um Aenderung der kirchlichen Verhältnisse zu ersuchen, damit der herrschenden Beängstigung der Gemüther ein Ende gemacht werde. Hierauf findet noch eine geheime Sitzung statt, über deren Tagesordnung nichts verlautet.

**Aus Thüringen, 2. Juli.** In den letzten Tagen des Juni sind in Gersfelde preussische und bayrische Regierungskommissäre aus Kassel und Würzburg eingetroffen, um die Grenzen der nach dem Krieg von 1866 von Bayern an Preußen abgetretenen Gebiete endgiltig zu bestimmen. Nach Angabe hiesiger Blätter ist Preußen durch diese Abtretung in den Besitz bestandener Waldungen auf der Rhön gekommen.

**Berlin, 6. Juli.** Ueber den Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und der nordamerikanischen Union zum Schutze der Auswanderer berichtet jetzt die „Post“ Folgendes:

Der Vertrag enthält nicht allein materielle Vorschriften, die für kontrahierenden Staaten bindend sein sollen, sondern stellt auch Bestimmungen darüber auf, wie diese Staaten gemeinsam die Befolgung derselben überwachen sollen. Zu diesem Zweck bringt er die Niedersetzung einer internationalen vereideten Kommission in den Einfischungs- und Ausfischungshäfen in Vorschlag, deren erstes Mitglied durch die Regierung des Gesamtstaates ernannt wird, in dessen Gebiet die Kommission ihren Sitz hat, das zweite von dem obersten Vertreter der anderen Vertragsmacht, der bei jener Gesamtregierung beurlaubt ist, und das dritte Mitglied von demjenigen Seestaate, in dem der betreffende Hafen liegt. Außer der den Auswanderungsbehörden in den Hauptstädten übertragenen Funktion, wie z. B. Untersuchung der zur Auswandererförderung dienenden Schiffe, Prüfung der Einrichtung und Ausführung derselben u. s. w., soll die Kommission auch mit richterlicher Gewalt bekleidet sein; sie soll das Recht haben, Zeugen vorzuladen und zu vernehmen, Verfügungen zur Ausübung ihrer Jurisdiktion zu erlassen, die indeß mit den Rechtsgewohnheiten und gesetzlichen Bestimmungen des Landes, in welchem sie ihren Sitz hat, übereinstimmen müssen; sie soll neue Untersuchungen anordnen, alle notwendigen Erhebungen aufstellen und abnehmen, Bürgschafts- und Sicherheitsleistungen verlangen, Geldbußen und Gefängnisstrafen verhängen, über Schadenersatz-Ansprüche erkennen können und sogar befugt sein, ein Schiff für die Beförderung von Passagieren zwischen den Häfen der kontrahierenden Theile für untauglich zu erklären. Alle Entschreibungen und Verfügungen werden als endgiltige Urtheile angesehen, wenn sie einstimmig gefaßt sind; hat indeß die Kommission sich nicht geeinigt, so steht die Appellation an das höchste in Seesachen kompetente Gericht desjenigen Staates offen, unter dessen Flagge das betreffende Schiff fährt. Die Mitglieder der Kommission fungiren unentgeltlich, nur ihre Unterbeamten werden besoldet. Die Kosten der Einrichtung und Verwaltung werden durch die von je zwei Kommissionen erhobenen Gebühren, Geldstrafen u. s. w. bestritten, welche in die von je zwei der kontrahierenden Theile zu errichtende Kasse fließen, deren Ueberschüsse zur Unterstützung hilfsloser Auswanderer verwendet werden.

**Berlin, 7. Juli.** Wie verlautet, wird die Abreise Sr. Maj. des Königs nach Gmünd frühestens am Montag den 12. Juli erfolgen. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß dieselbe sich auch noch bis zum 14. d. M. verzögern dürfte. Die Königin begibt sich gegen Ende dieses Monats nach Koblenz.

Am 2. Juli ist der Bundesrath des Zollvereins verlagert worden. Der Bundesrath des Norddeutschen Bundes hat am 3. d. M. in der diesmaligen Session seine letzte Sitzung gehalten und sich dann bis zum Herbst verlagert.

Die heutige Nummer der „Provinzial-Corresp.“ bringt einen Artikel über das jüngste Zollparlament und seine Erfolge. In dem Artikel wird der Auffassung entgegengetreten, als sei die neueste Sitzungsperiode des Parlaments der Hauptsache nach ergebnislos geblieben. Zur Widerlegung solcher Ausstellungen hebt das ministerielle Organ namentlich hervor in drei Richtungen habe die jüngste Session sich als fruchtbringend erwiesen. Die Handelsbeziehungen des Zollvereins seien durch wichtige Verträge erweitert worden; das Verens-Zollgesetz habe eine durchgreifende Verbesserung und Vereinfachung erfahren; die Steuergesetzgebung sei auf einem wichtigen Gebiete nach anerkannten volkswirtschaftlichen

Grundsätzen fortentwickelt werden. — Die „Provinzial-Corresp.“ bestätigt meine frühere Mittheilung, daß Graf Bis marck beim Beginn der nächsten Landtagsession noch nicht wieder in Berlin anwesend sein werde. Vielleicht nimmt er an den Verhandlungen dieser Session gar nicht Theil. Jedenfalls werden die Vorbereitungen zu derselben ohne seine Mitwirkung betrieben. Von Seiten des Ministeriums des Innern sollen beim nächsten Landtag drei wichtige Gesetzentwürfe eingebracht werden, nämlich eine Kreisordnung auf Grund der Selbstverwaltung, eine Landgemeinde-Ordnung und eine ländliche Polizeiordnung unter Aufhebung der gutherrlichen Polizei. Das Kultusministerium bringt ein Unterrichtsgesetz, welches nach dem Wunsch der Abgeordneten das ganze Gebiet des Unterrichtswezens umfassen soll. Dem Vernehmen nach wird dies Gesetz beinahe gänzlich im Sinn des Entwurfes ausgearbeitet, welchen unter dem Ministerium Auerwald der damalige Kultusminister v. Bethmann-Hollweg aufgestellt hatte. Einige Blätter sprechen neuerdings im Hinblick auf die nächste Landtagsession von einem „völlig reaktionären“ Programm des Ministeriums. Die erwähnten Vorlagen enthalten aber doch gerade nicht Zeugnisse einer solchen Richtung.

Nach Mittheilungen der „Spen. Ztg.“ würde der Prinz von Reuß den Botschafterposten in Paris erhalten und in Petersburg durch den Hr. v. Werther ersetzt werden, wogegen der Geh. Rath v. Magnus in Dresden zum künftigen Vertreter Preußens am österreichischen Hofe ausersehen wäre. Diese Angaben bilden nur eine Wiederholung von früher verbreiteter Gerüchte. In hiesigen politischen Kreisen hält man das Verbleiben des Prinzen Reuß für wahrscheinlicher, als seinen Abgang von dort.

Der evangel. Oberkirchenrath hatte die Präsidien der Provinzialkonsistorien zu einer Aeußerung darüber aufgefordert, ob mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Beschiebung der Provinzialsynoden die bisherige Eintheilung der Kreis-synoden in den Verwaltungsbezirken der Konsistorien beizubehalten oder zu ändern sei. Nach Eingang der von den Präsidien ertheilten Antworten sind nunmehr vom Oberkirchenrath die Vorarbeiten für die Einberufung der Provinzialsynoden in Angriff genommen worden.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 5. Juli. (Köln. Ztg.)** Es wird heute die bevorstehende Ankunft des diesseitigen Botschafters in Rom, Grafen Trauttmansdorff, allerdings nur als zum Zwecke einer Erholung, signalisirt. Indessen wird es bei diesem Zwecke wohl schwerlich sein Bewenden haben. Die Apathie, welche man hier und in den Tuilerien der Anregung des Fürsten Hohenzollern entgegenbrachte, scheint beide Kabinette nicht zu hindern, sich mit dem Konzil zu befassen. So ist, wie bestimmt versichert werden darf, von französischer Seite hier die Anfrage gestellt worden, wie es die diesseitige Regierung mit der diplomatischen Vertretung am Konzil zu halten gedenke, vorausgesetzt, daß die Kurie eine Einladung in dieser Richtung ergehen ließe. Voraussetzlich wird man hier in Beantwortung dieser Frage der Bereitwilligkeit Ausdruck geben, auch in diesem Punkte sich mit dem Tuilerienkabinet in Einverständnis zu setzen. Ein Pariser Gewährsmann versichert, Napoleon habe es bisher verstanden, sogar seine unmittelbare Umgebung über seine Pläne hinsichtlich Roms in Unwissenheit zu lassen. Seine Aeußerungen hätten, so oft er auf dieses Thema gebracht wurde, etwas Pöthisches. So habe er jüngst einem Diplomaten mit den Worten: „Ich bin entschlossen, meine Verpflichtungen Italien gegenüber einzuhalten“, viel zu denken gegeben. Selbst der Marquis v. La Valette sei in dieser Beziehung nicht besser daran und habe für alle auf die Räumung Roms anspielenden Fragen nur ein nichtssagendes Achselzucken.

Da der Bischof von Linz von dem Rechte, einen Beistandiger zu wählen, keinen Gebrauch gemacht hat, so wurde vom Landesgerichte der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. v. Kitzling als Beistandiger von Amtswegen bestellt.

**Wien, 6. Dez.** Der Kardinal Antonelli hat auf die desfallsigen direkten Vorstellungen einer katholischen Macht (nicht Oesterreich) in besondrer Ermächtigung des Papstes entgegnet, daß der Papst einen bestimmenden Einfluß auf die Verathungen und Beschlüsse des Konzils nicht zu üben habe, und daß er in seiner Stellung — im Uebrigen der weltlichen Macht ihre Entschlüsse anheimgebend — keine andere Pflicht kenne, als ohne nach rechts und nach links zu blicken, und leblich nach Maßgabe seines Gewissens und der Satzungen der Kirche jene Beschlüsse als unumverrücklich und unbedingt bindendes Gesetz in Vollzug zu setzen.

#### Frankreich.

**Paris, 6. Juli. (Köln. Z.)** Daß der Kaiser KonzeSSIONEN zu machen geneigt ist, kann heute nicht mehr bezweifelt werden. Doch ist es auch sicher, daß derselbe nicht die Absicht hat, so weit zu gehen, wie der Tiersparti, der die Ministerverantwortlichkeit und die Initiative für die Kammer zurückverlangt. Was den Antrag Du Miral's anbelangt, der die Wiederherstellung der Abreise, ein weniger komplizirtes Interpellationsrecht, die Aushebung des Amendementrechtes und die Ernennung des ganzen Vorstandes durch die Kammer verlangt, so scheinen die Tuilerien diese Propositionen nicht für genügend zu halten, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, und man will deshalb noch folgende drei Punkte bewilligen: 1) das Recht für die Kammer, motivirte Tagesordnungen zu erlassen; 2) das Botum des Budgets per Artikel, und 3) die Abschaffung des Artikels der Verfassung, welcher erklärt, daß kein Deputirter zugleich Minister sein kann. Durch diese KonzeSSIONEN hofft man die öffentliche Meinung für den Augenblick zu beschwichtigen, was jedoch kaum anzunehmen ist, da der Wunsch nach einer Regierung des Landes durch das Land selbst ein zu allgemeiner ist, und diese selben Maßregeln deshalb nur dazu dienen werden, der Opposition mächtigere Waffen in die Hände zu geben, ohne der Regierung eine größere Popularität zu verschaffen. Das letzte Wort in der Sache ist jedoch noch nicht gesprochen; die

Unterhandlungen mit dem Tiersparti (dazu hat man sich herbeigelassen) dauern nämlich fort, und es ist daher nicht unmöglich, daß der Kaiser sich doch zuletzt entschließt, zu dem parlamentarischen System zurückzukehren. — Die neue Redaktion der Interpellation der Mittelpartei hat heute bereits 102 Unterschriften (ungerechnet die Linke und die „Unverschämlichen“) gefunden, so daß ihr Erfolg als gesichert angesehen werden darf.

\* **Paris, 7. Juli.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 7. Juli.

Heute kamen die Abgg. Picard und Pelletan bei Gelegenheit des Protokolls der gestrigen Sitzung auf die Nothwendigkeit zurück, daß sich die Kammer unverzüglich konstituiren, da eine hinreichende Anzahl Wahlen besätigt sei und das Reglement die Konstituierung erheische. Der Präsident erwidert, daß die Kammer souveräne Machtvollkommenheit habe, über ihre Tagesordnung zu bestimmen und die heutige gestern fixirt worden sei; es könne daher im Augenblick nicht auf diese Frage zurückgegriffen werden. Gaentgens bemerkt es, daß, wenn einerseits in der That das Reglement die Konstituierung der Kammer jetzt erheische, andererseits eine Frage der Billigkeit sei, die Wahlen, deren Prüfung verpagt sei, nicht mit den beanstandeten auf gleiche Linie zu stellen. Die Tagesordnung wird verlangt und ausgesprochen. Die Kammer fährt hierauf mit Prüfung der Wahlen fort.

\* **Paris, 7. Juli.** Gestern Abend fand befanntlich im Schlosse von St. Cloud das vom Kaiser den neuen Abgeordneten zu Ehren gegebene Festmahl statt. Mit Ausnahme der Mitglieder der äußersten Linken hatten alle Abgeordnete, welcher politischen Farbe sie auch angehören, Folge geleistet. Um 7 1/2 Uhr fand die Vorstellung der neuen Kammermitglieder an den Kaiser und die Kaiserin durch Hrn. Rouher statt. Das Festmahl begann um 8 Uhr und war um 9 Uhr zu Ende. Nach demselben und während des Kaffeetisches unterhielten sich der Kaiser und die Kaiserin mit fast allen ihren Gästen. Um diese Zeit erschien auch der kaiserliche Prinz mit seinem Gouverneur. Um 11 Uhr war der Empfang beendet. „Der Kaiser“ sagt der „Public“ — Ichien sich ausgezeichnete Gesundheit zu erfreuen und alle Abgeordnete, welche Gelegenheit hatten, sich mit Sr. Maj. zu unterhalten, überzeugten sich, daß dem Kaiser keine der Manifestationen der öffentlichen Meinung, wie sie in den Wahlen sich kundgegeben haben, fremd geblieben ist und daß er immer mit Genugthuung den freien Ausdruck des allgemeinen Stimmrechts aufnimmt.

Das „Journ. de Paris“ will wissen, die Regierung fange an in der Interpellation des Linken Zentrums eine Verfassungswidrigkeit der Formel zu sehen. Gestern Abend habe in St. Cloud eine außerordentl. Versammlung der Minister stattgefunden, um diese Frage in Verathung zu ziehen.

Dem „Rappel“ zufolge sind folgendes die Namen der Kandidaten, die bis jetzt in dem 1., 3., 4. und 8. Pariser Wahlbezirk für die Nachwahlen entweder aufgestellt oder vorgeschlagen worden sind: Im 1. Bez. Rochefort, Laurier, Cantagrel; im 3. Bez. Emmanuel Arago, Henri Brisson, E. Lasserrière; im 4. Bez. Crémieux, Ch. Floquet; im 8. Bez. Lavertujon, Glais-Bizoin, Herold.

Demselben Blatt zufolge hat sich die Regierung endlich entschlossen, die H. H. Amourour, Ferré, Richon, Rigault, Gaillard und Gustav Flourens nach 48stägiger Verhaftung in Mazas wieder nach St. Pelagie zurückzubringen. Nach 26tägiger Inhaftierung in Mazas, unter der Anklage des Komplotts gegen die Sicherheit des Staats, sei Hr. Murat, Redner in den öffentlichen Versammlungen, wieder in Freiheit gesetzt worden. Bei seinem Eintritt, wie bei seinem Austritt aus dem Gefängniß habe man ihm die Gründe seiner Verhaftung keineswegs mitgetheilt, sondern sich damit begnügt, seine Identität festzustellen. — Rente 71.35, Cred. mob. 245, ital. Anl. 54.45.

#### Spanien.

**Madrid, 6. Juli.** Die Ministerkrisis ist als beendet anzusehen. Zu Ministern wurden ernannt: Zulla für Justiz, Martos für öffentliche Arbeiten und Becerra für die Kolonien.

#### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 7. Juli.** Aus Omsk wird vom 2. Juni gemeldet, daß sechshundert Chinesen, welche sich bei der Verfolgung von Kirgisen dem Grenzbezirk Saisansk näherten, von einer Abtheilung russischer Truppen mit großem Verlust zurückgeschlagen worden seien.

#### Großbritannien.

\* **London, 6. Juli.** Oberhaus. Fortsetzung der Verathung über die irische Kirchenbill.

Ehe das Haus den Faden der Verhandlungen wieder aufnahm, wurden zwei neue Amendements angebracht, durch welche eine bereits erlegte Frage aufs neue angeregt werden soll. Es handelte sich dabei um die Pfarrhäuser und Kirchenländerien, welche die Whigs und ein Theil der Konservativen den Katholiken und Presbyterianer überlassen wollten, um den Preis der Entlastung von Pfarrwohnungen und Kirchenländerien, welche die Geistlichkeit der Staatskirche erhalten soll. Befreiung der letzteren von jenen Lasten war in der letzten Sitzung durchgegangen, dagegen war die Majorität dem andern Theil des Planes ungunstig und Lord Lyford setzte die Anweisung von Pfarrwohnungen für Katholiken und Presbyterianer in einem neuen Amendement zu Abschnitt 68 (beseitigung des nach Abzug der Entschädigungen bleibenden Rechtes) abwärts auf die Liste. Damit auch noch eine weitere Gelegenheit zur Erörterung derselben Angelegenheit geboten werde, zeigte der Marquis of Glancarde einen ferneren Zusatz an, durch welchen bei Verlegung der vollständig amendierten Bill die lastenfreie Uebergabe der Pfarrhäuser an die irische Kirche gehindert wird.

Bei der Erörterung des Abschnitts 29 erhob sich der Erzbischof von Canterbury, um das Datum 1660 als äußersten Termin für die der Kirche verbleibenden Privatschenkungen anzufestigen. Da indeß Earl Granville erklärte, die Regierung sei bereit, statt jener Schenkungen eine runde Abfindungssumme von 500,000 Pfd. St. zu bieten, so wurde die Erwägung dieses Punktes einstweilen verschoben. Die unter dem Namen der „Ulster Gesetze“



(Kirchenländertheile der Provinz Ulster) bekannnt, von Königin Elisabeth und Jakob I. gemachten Schenkungen führten zu einer längeren Debatte. Der Erzbischof von Canterbury wollte diese Ländereien der Kirche als Privatstiftung erhalten wissen, wogegen die Regierung den staatlichen Charakter derselben aufrecht erhielt. Carl Grey war ebenfalls gegen dieses Amendement; allein die Abstimmung entschied mit 50 Stimmen Majorität — 105 gegen 55 — zu seinen Gunsten.

Eine Reihe anderer Abschnitte wurde in rascher Folge erledigt, und man kam erst wieder zu einem Amendement von Bedeutung bei Abschnitt 41 (Abschaffung der Parlamentsakte für das Seminar von Maynooth und Entschädigung des dortigen Lehrkollegiums), den Lord Fitzwaller zu streichen beantragte. Zu einer ersten Debatte kam es jedoch kaum in dieser Angelegenheit, und als man über die Sache abstimmt, erklärte sich eine Majorität von 124 Stimmen — 146 gegen 22 — für Beibehaltung. Im Ganzen fertigte das Haus gegen 25 Abschnitte ab, und als man sich gegen Mitternacht vertagte, war die Erörterung bis zu dem Punkte gediehen, wo von Verwendung des mehrerwähnten Restes des Kirchenvermögens die Rede ist.

\* London, 6. Juli. Die Abreise der Prinzen Arthur nach Canada ist nunmehr endgiltig auf den 14. August festgesetzt.

Aus Cork wird gemeldet, daß der dortige Gemeinderath in seiner letzten Sitzung, welcher 40 Mitglieder beiwohnten, einstimmig den Beschluß faßte, die Regierung um Freilassung der noch in Haft befindlichen Fenier zu ersuchen. — In Cork ist es wieder einmal zu einem Krwall zwischen Pöbel und Polizei gekommen. Die Polizei, welche einem Straßenunfug ein Ende machen wollte, wurde mit Steinen angegriffen, und sah sich veranlaßt, ihre Bajonette aufzustecken, um gegen den Pöbel vorzugehen und dies geschah indessen erst, nachdem eine Anzahl Polizisten heftige Verletzungen davongetragen hatten. Drei der Rädelsführer wurden vom Polizeigericht zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

London, 7. Juli. Der englische Gesandte in Persien ist in London angekommen und soll in Beratungen mit der Regierung beantragt haben, die Freundschaftsbeziehungen mit dem Schah von Persien zu erweitern.

### Amerika.

\* New-York, 6. Juli. Die Feier der Unabhängigkeitserklärung wurde in den nördlichen Staaten mit großem Enthusiasmus begangen, hingegen war das Verhalten der Bevölkerung der südlichen Staaten der offiziellen Feier gegenüber ein sehr apathisches.

\* Vom Kriegsschauplatz in Paraguay bringen die brasilianischen Posten wie gewöhnlich nur Siegesnachrichten. Ein unter Oberst Coronado entfallendes Korps hatte noch vor dem allgemeinen Vormarsch der Allirten in das Innere auf einem langen Flanzweg Ibicuy erreicht und die dortigen Arsenale und Magazine zerstört und in die Luft gesprengt. Die Besatzung des etwa 40 Meilen von Muncion gelegenen Platzes wurde nach einseitigem heftigem Kampfe überwältigt und 2 Offiziere und einige 50 Mann gefangen genommen. Bei dieser Gelegenheit gelang es auch, einige 80 gefangene Brasilianer und gegen 200 Familien, die dort festgehalten wurden, zu befreien. Da von einer äußerst geschickten Deckung des Rückzuges und großer Tapferkeit der hiebei verwendeten Mannschaften die Rede ist, so dürfte man wohl nicht ohne Grund schließen, daß Lopez ihnen ihren Rückmarsch heiß gemacht hat.

### Zirkulardepeche des Fürsten Hohentlohe, das ökumenische Konzil betr.

Dieselbe lautet nach der „Nat.-Ztg.“:  
München, 9. Apr. Es läßt sich gegenwärtig mit Bestimmtheit annehmen, daß das von Sr. Heiligkeit dem Papst Pius IX. ausgeschiedene allgemeine Konzil, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse dazwischentreten, wirklich im Dezember stattfinden wird. Ohne Zweifel wird dasselbe von einer sehr großen Anzahl von Bischöfen aus allen Welttheilen besucht und zahlreicher werden, als irgend ein früheres, und wird also auch in der öffentlichen Meinung der katholischen Welt die hohe Bedeutung und das Ansehen, welches einem ökumenischen Konzil zukommt, entschieden für sich und seine Beschlüsse in Anspruch nehmen.

Daß das Konzilium sich mit reinen Glaubensfragen, mit Gegenständen der reinen Theologie beschäftigen werde, ist nicht zu vermuthen, denn derartige Fragen, welche eine konziliarische Erledigung erheischen, liegen gegenwärtig nicht vor. Die einzige dogmatische Materie, welche man, wie ich aus sicherer Quelle erfahre, in Rom durch das Konzilium entscheiden sehen möchte und für welche gegenwärtig die Jesuiten in Italien wie in Deutschland und anderwärts agitiren, ist die Frage von der Unschlbarkeit des Papstes. Diese aber reicht weit über das rein religiöse Gebiet hinaus und ist hochpolitischer Natur, da hiermit auch die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker (auch die getrennten) in weltlichen Dingen entschieden und zum Glaubenssatz erhoben wäre.

Ist nun schon diese höchst wichtige und folgenreiche Frage ganz geeignet, die Aufmerksamkeit aller Regierungen, welche katholische Unterthanen haben, auf das Konzil zu lenken, so muß ihr Interesse, richtiger ihre Besorgniß, sich noch steigern, wenn sie die bereits im Gang befindlichen Vorarbeiten und die Gliederung der für diese in Rom gebildeten Ausschüsse ins Auge fassen. Unter diesen Ausschüssen ist nämlich einer, welcher sich bloß mit den staatskirchlichen Materien zu befassen hat. Es ist also ohne Zweifel die bestimmte Absicht des römischen Hofes, durch das Konzilium wenigstens einige Beschlüsse über staatskirchlich-politische Materien oder Fragen gemischter Natur feststellen zu lassen. Hierzu kommt, daß die von den römischen Jesuiten herausgegebene Zeitschrift, die „Civilta cattolica“, welcher Pius IX. in einem eigenen Breve die Bedeutung eines öffentlichen Organs der Kurie zugesprochen hat, es erst kürzlich als eine dem Konzilium zugedachte Aufgabe bezeichnet hat, die Verdamnungsurtheile des päpstlichen Syllabus vom 8. Dez. 1864 in positive Beschlüsse oder konziliarische Dekrete zu verwandeln. Da diese Artikel des Syllabus gegen mehrere wichtige Axiome des Staatslebens, wie es sich bei allen Kulturvölkern gestaltet hat, gerichtet sind, so entsteht für die Regierungen die ernste Frage: ob und in welcher Form sie theils die ihnen untergebenen Bischöfe,

theils später das Konzil selbst hinzuweisen hätten auf die bedenklichen Folgen, welche eine solche berechnete und prinzipielle Zerrüttung der bisherigen Beziehungen von Staat und Kirche herbeiführen müßte. Es entsteht ferner die Frage: ob es nicht zweckmäßig erscheine, daß die Regierungen gemeinschaftlich, etwa durch ihre in Rom befindlichen Vertreter, eine Verwahrung oder Protestation gegen solche Beschlüsse einlegten, welche einseitig, ohne Zuziehung der Vertreter der Staatsgewalt, ohne jede vorhergehende Mittheilung über staatskirchliche Fragen oder Gegenstände gemischter Natur von dem Konzilium gefaßt werden möchten.

Es erscheint mir unumgänglich nöthig, daß die betheiligten Regierungen gegenseitiges Einverständnis über diese ernste Angelegenheit zu erzielen versuchen. Ich habe bisher erwartet, ob nicht von einer oder der anderen Seite eine Anregung ausgehen werde; nachdem dies aber nicht geschehen und die Zeit drängt, sehe ich mich veranlaßt, Ew. . . zu beauftragen, vorstehende Angelegenheit bei der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, zur Sprache zu bringen, um über deren Bestimmungen und Ansichten bezüglich dieser wichtigen Sache Erkundigung einzuziehen.

Ew. . . wollen dabei der Erwägung vorgedachter Regierung die Frage unterstellen: ob nicht eine gemeinsame, wenn auch nicht kollektive Maßnahme der europäischen Staaten und eine mehr oder minder idemische Form zu ergreifen wäre, um den römischen Hof über die dem Konzil gegenüber von ihnen einzunehmende Haltung im Voraus nicht im Ungewissen zu lassen, und ob nicht etwa eine Konferenz von Vertretern sämtlicher betheiligten Regierungen als das geeignetste Mittel erachtet werden könnte, jene gemeinsame Haltung einer eingehenden Beratung zu unterziehen.

Ew. . . wollen, wenn es gewünscht wird, Abschrift dieser Depeche in den Händen des Herrn . . . zurücklassen und über die Ausnahmefälle, welche dieselbe gefunden hat, baldigst berichten.  
Ich ergreife . . .  
gez. Fürst von Hohentlohe.

### Vermischte Nachrichten.

— Das kürzlich gegründete katholische Kasino in Regensburg ist von dem dortigen Magistrat für einen politischen Verein erklärt worden.

— Für den verurtheilten Konfessionsrath Journier in Berlin ist in der Person des General-Superintendenten Hoffmann ein Verteidiger aufgetreten. In einer Zuschrift an die „Nationalz.“ sucht er darzuthun, daß die Aussage der Zeugen keinen, die Verurtheilung des Angeklagten den höchsten Werth, und daß eine strafbare Mißhandlung der Braut nicht stattgefunden habe. Ein Korrespondent der Wiener „Presse“ führt diese ostentable Parteinahme Hoffmann's auf dessen keine theologische Witterung, daß man höheren Orts Journier zu halten gedachte, zurück, und illustriert die Natur und Art des Theologen mit nachstehender Anekdote: „Bei einer festlichen Gelegenheit kam Alexander v. Humboldt mit dem französischen Gesandten am Berliner Hofe zusammen. Hoffmann war auch zugegen. Er ging an beiden vorüber und der Gesandte fragte Humboldt: „Was ist Hoffmann?“ Humboldt erwiderte: „Hoffmann? — Hoffmann!“

— Aus Herrrieden, 5. Juli, wird der „Fr. Ztg.“ berichtet: Noch herrscht über fast ganz Europa die Polarströmung, auch ist das Lustmeer dabei wieder sehr ruhig, und namentlich sind die Luftwellen so niedrig, daß die Barometerdifferenzen am 2. Juli nur 11,3 mm, 7,57 Sparanda und 7,670 Dyon, entzifferten. In der Regel deutet dies auf den Eintritt einer Reihe schöner Tage, doch in diesem Jahre altert die abnorme Richtung des Europa von Südwest nach Nordost durchgehenden Luftmasses, sowie der durchschnittlich mittlere Stand des Luftzuges diese Vorhersage, wenigstens ist bald wieder eine Unterbrechung des jetzigen guten Heuwetters möglich.

\* Bresl, 5. Juli. Das Landungskabel des französisch-atlantischen Kabels bei St. Pierre ist gestern vom Dampfschiff „William Cohn“ gelegt worden.

— Bresl, 7. Juli. (Mittags.) Cap. Ch. Doborn telegraphirte an J. Reuter: An Bord des „Great Eastern“ ist Alles im besten Gang. Der Sturm und der hohe Wellengang sind rasch im Abnehmen begriffen.

### Badische Chronik.

Mannheim, 5. Juli. (Fr. Z.) Gestern konstituirte sich hier der erste badische Bezirksverein des allgemeinen deutschen Vereins der Techniker“ unter dem Vorsitz des Direktors der hiesigen Reals- und Gewerkschule, Dr. Schröder. Den zahlreich vertretenen hiesigen Männern von Fach hatten sich der Direktor des Vereins der deutschen Techniker, Prof. Grasshof von Karlsruhe, Dr. Carl von Ludwigshafen, Petar von Saarpfaffen, Euler von Kaiserslautern, und andere Notabilitäten angeschlossen. Direktor Schröder hielt einen interessanten Vortrag über die Ursachen der Dampfessel-Explosionen. Aus der Diskussion, die sich an diesen Vortrag schloß, erfuhren wir, daß die berühmten Professoren Helmholz, Kirchhoff und Bunsen, nebst einem Bruder des Ersteren, an der Spitze einer, mit tüchtigen Mitteln versehenen Versuchstation (in Düsseldorf) stehen, welche mit Untersuchung der eigentlichen Ursache der erwähnten Explosionen beschäftigt ist. Dr. Carl sprach bei dieser Gelegenheit über die merkwürdigen Fortschritte der organischen Chemie, die uns nächstens mit künstlich erzeugten Krappfarben, mit Alizarin bereichern wird. Ein auf der Tagesordnung stehender Vortrag von Hrn. Selbach mußte wegen Mangels an Zeit vertagt werden.

□ Mannheim, 7. Juli. Gestern Abend schallten die Musikklänge eines Zapfenstreiches und Ständchens vor dem Pfläzer Hof durch die Straßen und luden eine Menge Neugieriger herbei. Es galt der Ankunft des Hrn. Kriegsministers v. Beyer, welcher heute die Inspektion des Infanterieregiments vorgenommen hat, der morgen die des Leib-Dragoonenregiments und Besuch der Kasernen z. folgen wird.

Der Gemeinderath hat in gestriger Sitzung beschlossen, zur Gründung einer städtischen Bibliothek einwilligen 400 Gulden beizutragen, weitere Beschlüsse auf spätere Zeit sich vorbehaltend.

— In Oberkirch ist am 4. ein national-liberaler Bezirksverein ins Leben getreten. Die betreffende Versammlung, welche von Dr. Schneider geleitet wurde und bei welcher auch der Abg. G. H. a. r. das Wort ergriff, war von etwa 150 Männern aus dem Amtsbezirk besucht. Der Verein zählt bis jetzt zwischen 60 und 70 Mitglieder, worunter jedoch nur wenige Bürger der Amtsstadt.

□ Vom Oberrhein, 7. Juli. Alenthalten rühmt man den schönen und üppigen Stand der Korn-, Hafer- und Roggenfelder, während die Kartoffeln noch Manches zu wünschen übrig lassen sollen. Die Traubenblüthe ist ungleich und langsamer als unter normalen Verhältnissen von Statten gegangen. Trotdem kann immer noch ein mittleres Herbsttragniß erzielt werden. Von den Obstarten dürften die Kirsch- und Birnbäume den größten Ertrag liefern.

□ Billingen, 6. Juli. Heute traf zum ersten Mal die Lokomotive hier ein. Eine große Menschenmenge hatte sich am Bahnhof versammelt und begrüßte die für Manchen völlig neue Erscheinung lebhaft. Der dem Bahnhof zunächst gelegene Theil der Stadt war mit Fahnen geschmückt und an Böllerschüssen hat es auch nicht gefehlt. Leider soll, wie wir vernehmen, der 15. August als Eröffnungstermin nicht eingehalten werden können.

□ Billingen, 7. Juli. Gestern fand man den Fuhrmann R., der Botendienste zwischen hier und Trüben versah, erhängt an seiner Bestelle. Er vollzog die unselige That, während sein Schwager begraben wurde. Die Motive sind noch unbekannt.

— In Folge der heftigen Regengüsse am 3. ist die Salemer Aach über die Ufer getreten und hat einen großen Theil des Thales unter Wasser gesetzt und bedeutenden Schaden angerichtet. Die Brücke bei Frickingen wurde fortgespült, Bäume entwurzelt, Heu und Früchte weggeschwemmt, Felder gerissen zc.

— Gemeinderath und Kleiner Ausschuß der Gemeinde Gottmadingen (A. Radolfzell) haben einmützig folgende öffentliche Erklärung erlassen: „Wie die „Freie Stimme“ berichtet, sind in hiesiger Gemeinde für die bekannte Vinbau'sche Adresse 103 Unterschriften zu Stande gekommen. Weil bei der Einfammlung dieser Unterschriften mit Lügen und Schwindeleien umgegangen wurde und sehr viele Namen von Weibern geschrieben herrühren, so sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, zu erklären, daß jene 103 Unterschriften nicht der Ausdruck der hiesigen Gemeinde sind. Wir halten treu zum jetzigen Ministerium, sowie zur bestehenden Ständekammer.“ Ferner ist dem Wegner, welcher sich zum Kolporteur der Adresse gemacht und den Leuten u. A. versichert hatte, die Adresse verlange nur Verminderung der Militär-Dienstzeit, mit Beschluß der Gemeindebehörden eröffnet worden, daß man ihm im Wiederholungsfall den ihm aus der Gemeindefasse zugesicherten Gehaltsantheil von 80 fl. entziehen werde.

□ Karlsruhe, 7. Juli. Der Direktor des Sommertheaters im Thiergarten hat der langen unglücklichen Witterung wegen schweren Verlust erlitten. Am so erfreulicher ist es, daß die hiesige Einwohnerschaft jetzt, wo die Aufführungen im gebetteten Räume der Geiger'schen Trinitätskirche stattfinden, durch zahlreichen Besuch den Schaden auszugleichen sucht. Zugleich scheint das Publikum mit den Leistungen des Sommertheaters recht zufrieden zu sein. Wir haben gestern der Vorführung der Operette „Lehn Mädchen und kein Mann“ beigewohnt und waren Zeugen der ehrenben Anerkennung, die dasselbe der Aufführung zu erkennen gab. Insbesondere erhielten und verdienten Beifall Fr. Jung, eine ganz tüchtige Sängerin mit schöner Stimme, Fr. Broede, eine Sourette, welche bereits die Gunst des Publikums erworben hat. Hr. Paegelow, ein junger Tenorist von Begabung, und Hr. Kermann, welcher mit vieler Laune den Vater der 10 Mädchen in gefälliger Weise spielte. Hr. Direktor Bittler, sein Vater und Bruder, Hr. Haber, Frau und Fr. Bittler, Frau und Fr. Krayda, Fr. Borsdy zc. sind in hiesigen Blättern schon mehrfach als tüchtige Kräfte anerkannt worden. Es ist zu wünschen, daß die Künstlergesellschaft in letzter Hälfte ihres Hierseins recht gute Geschäfte macht.

Frankfurt, 8. Juli. — Ubr — Min. Nachm. Deffert. Kreditaktien 270, Staatsbahn-Aktien 359 1/2, National —, Steuerfreie —, 1860er Loose 85 1/2, Deffert. Saluta —, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 87, Gold —.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

7. Juli	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 11,9"	+14,8	0,82	S.W.	g. bed.	trüb, windig, warm
Morg. 2 "	27° 11,9"	+18,7	0,88	"	"	"
Nacht 9 "	27° 11,9"	+14,7	0,85	"	"	trüb, warm

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### 7% ROCKFORD, ROCK ISLAND & ST. LOUIS GOLD BONDS.

Der Verwaltungsrath dieser Eisenbahn berichtet, daß der Fortschritt der Bahn ein außerordentlicher ist, und daß die im Betrieb befindliche Strecke schon jetzt alle Erwartungen übertreffende günstige Resultate liefert.

Der deutsche Ingenieur, welcher im Interesse europäischer Bondesbesitzer gegenwärtig wieder die Eisenbahnlinie bereist, und dessen Bericht demnächst veröffentlicht werden wird, schreibt: Bei meiner jetzigen Tour bemerkte ich die Prosperität der Linie noch mehr und bin ich erfreut, Ihnen wiederholen zu können, daß die Bahn ohne Zweifel die beste in Illinois mit werden wird. Neben der Sicherheit und guten Vergütung haben die Bonds den Vortheil, daß die Inhaber sie nach ihrer Wahl in Aktien umtauschen können; welchen Werth dieses hat, beweisen die glänzenden Resultate der Illinois Central- und der andern Eisenbahnen des Staates Illinois.

Die Berliner „Börsezeitung“ schreibt unter dem 28. Juni:  
Die Prioritäten der Rockford-, Rock-Island- u. St. Louis-Eisenbahn, welche in den letzten Tagen hier mehrfach gehandelt sind, werden unter den amerikanischen Papieren, die bei der außerordentlich glücklichen Entwicklung der politischen wie der finanziellen Verhältnisse in der Union auf eine günstige Aufnahme am europäischen Geldmarkt rechnen können, ohne Zweifel sich in erster Reihe befinden. Die Bahn durchläuft einen der reichsten Distrikte der Union und wird neben einem bedeutenden Lokalverkehr namentlich den Kohlentransport der großen Bergwerke von Illinois und den Getreidetransport nach St. Louis haben, welche Stadt immer mehr der Hauptplatz für den Getreidehandel des Westens wird. Die bereits im Betrieb befindlichen Bahnen von Illinois weisen sehr gute Einnahmen auf; die Aktien derselben, zu pari emittirt, stehen die wenigst günstigen 125, die besten 175."



